4984

Botschaft

des

**Bundesrates an die Bundesversammlung über die Bundeshilfe
für die Melioration der Linthebene in den Kantonen Schwyz
und St. Gallen.**

(Vom 1. April 1946.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir beehren uns, Ihnen hiemit unsern Entwurf zu einem Bundesbeschluss betreffend die Melioration der Linthebene zu unterbreiten.

I.

Am 3. Februar 1939 hat die Bundesversammlung dem Bundesgesetz über die Melioration der Linthebene in den Kantonen Schwyz und St. Gallen zugestimmt. Gemäss Art. 21 dieses Gesetzes wurde den Kantonen Schwyz und St. Gallen eine Frist von einem Jahr eingeräumt, um sich darüber zu erklären, ob sie die Bedingungen des Bundesgesetzes annehmen. Die Annahmeerklärungen wurden dem Bundesrat vom Regierungsrat des Kantons Schwyz am 18. Januar 1940 und vom Regierungsrat des Kantons St. Gallen am 6. April 1940 übermittelt.

Nach Ablauf der Referendumsfrist wurde das Gesetz am 20. Juni 1940 in Kraft erklärt. Mit diesem Bundesgesetz wurde unter dem Namen «Linthebene-Melioration» ein eidgenössisches Werk mit öffentlich-rechtlicher Persönlichkeit zum Zwecke der Durchführung und Erhaltung der Melioration in der Linthebene errichtet. Die Kosten des Werkes waren zu Fr. 12 780 000 veranschlagt, und zwar

A. Linksseitige Linthebene, umfassend ein Meliorationsgebiet von 1670 ha in den Kantonen Schwyz und St. Gallen	Fr. 5 000 000
B. Rechtsseitige Linthebene, Unteres Gebiet, Uznach-Benken, Kanton St. Gallen, umfassend 1200 ha	Fr. 4 000 000
C. Rechtsseitige Linthebene, Oberes Gebiet, Schänis, Kanton St. Gallen, umfassend 1180 ha.	Fr. 3 730 000
Zusammen	Fr. 12 780 000

In Art. 9 des Bundesgesetzes wurde festgelegt:

Die Kosten werden gedeckt durch:

- a. Beiträge des Bundes: 60 % der Baukosten,
- b. Beiträge der Kantone, Bezirke und Gemeinden,
- c. Beiträge der Perimeterpflichten,
- d. anderweitige Beiträge.

Der Finanzausweis bedarf der Genehmigung durch den Bundesrat.

Der Bund leistet zinsfreie Vorschüsse im Rahmen der zugesicherten Beiträge, im Maximum Fr. 750 000 pro Jahr.

An Kreditüberschreitungen nimmt der Bund nur dann teil, wenn sie auf ausserordentliche Ursachen zurückzuführen sind.

Mit den eigentlichen Meliorationsarbeiten wurde im Jahre 1941 begonnen. Im Interesse der Lebensmittelversorgung sind die Bauprogramme so aufgestellt worden, dass innert kürzester Frist meliorierter Boden für den Mehranbau bereitgestellt werden konnte. Über den Stand der Arbeiten geben die von der eidgenössischen Meliorationskommission erstatteten Berichte sowie der Situationsplan eingehend Auskunft. Bis Ende November 1945 wurden die nachgenannten wesentlichen Projektteile ausgeführt:

Linksseitige Ebene; Gebiet A.

Kanalbauten: Linksseitiger Hinterkanal (2100 m), Alte Linth (1600 m), Spettlinth (1900 m), Wildbachkanal (1400 m), Friedgraben (2800 m), Mühlebachkanal (2200 m), Klettenseekanal (1500 m), Eichenwieskanal (1400 m), Schwärzibach (1020 m), Schwaderaugraben (1000 m), Strubengraben (1070 m) sowie verschiedene andere kleinere Gräben. Die Gesamtlänge der ausgeführten Kanäle beträgt 23 600 Laufmeter.

Das drainierte Gebiet umfasst 380 ha.

Die Strassenbauten weisen eine Länge von 13 400 m auf.

Rechtsseitige Ebene, Gebiet B (Benken-Uznach).

Kanäle: Rechtsseitiger Hinterkanal (2300 m), Kanal F (3960 m), Flössgraben (1880 m), Kanal K (1260 m), Kanal G (1020 m), Kanal H (1540 m), Böschkanal (1700 m), Rotfarbgraben (1260 m) sowie noch vier kleinere Gräben, zusammen 18 550 Laufmeter.

Drainagen 191 ha und Strassen 5490 m.

Rechtsseitige Ebene, Gebiet C (Schänis).

Kanäle: Hintergraben Giessen-Sumpfauslauf (1700 m), Steinerrietkanal (2270 m), Witöfelikanal (1100 m), Aubach Sumpfauslauf SBB (2660 m), Sumpfauslauf (680 m), Selletgraben (2100 m) und zwei kleinere Gräben, insgesamt 11 810 Laufmeter.

Drainagen 214 ha und Strassenbauten 5880 Laufmeter.

Gesamthaft sind somit in allen drei Gebieten ausgeführt:

Kanäle . . . 53 960 Laufmeter

Drainagen . . 785 Hektaren

Strassen . . . 24 720 Laufmeter

Die drainierten Gebiete wurden, soweit sie nicht von den Grundeigentümern selbst bewirtschaftet wurden, unverzüglich von der Schweizerischen

Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft und dem Anbauwerk Thalwil im Auftrag verschiedener anbaupflichtiger Industrien in Kultur genommen.

In den Anbaujahren 1944/1945 wurden folgende Durchschnittserträge pro ha erzielt:

Kultur	1944		1945	
	Gebiet A kg	Gebiet C kg	Gebiet A kg	Gebiet C kg
Korn	—	2 674	—	2 645
Sommerweizen	1 346	1 728	1 864	1 978
Kartoffeln	12 960	8 840	20 500	16 410
Mais	1 524	1 427	3 047	4 240
Zuckerrüben	28 230	29 067	55 400	45 410
Raps	2 530	2 012	2 608	2 510
Wirz	—	7 050	—	8 370
Randen	21 500	44 280	86 150	45 870
Zwiebeln	14 004	—	17 730	—

Bei einzelnen Kulturen konnten die schweizerischen Mittelерträge schon erreicht, teilweise sogar überschritten werden.

Die wesentlichen Arbeiten, die noch auszuführen sind:

	Gebiet A	Gebiet B	Gebiet C	Total
1. Kanalbauten und Zementrohrleitungen, m	21 300	6 850	12 710	40 860
2. Drainagen, ha	332	347	510	1 189
3. Pumpanlagen	Gryнау und Tuggen	Uznach	—	—
4. Strassen, m	55 500	27 700	32 000	115 200
5. Zusammenlegung, ha	1 902	1 230	1 138	4 270

II.

Von der Meliorationskommission wurde uns am 9. November 1945 gestützt auf Art. 3 des Bundesgesetzes ein Nachsubventionsgesuch unterbreitet. In diesem wird ausgeführt:

Wir erlauben uns, darauf hinzuweisen, dass die Kosten der Meliorationen nach den in den Jahren 1937/38 üblichen Löhnen und Materialpreisen berechnet wurden. In der Folge ergab sich durch die kriegsbedingten höheren Materialpreise und Arbeitslöhne eine allgemeine Verteuerung. Im Mittel beträgt diese ca. 60 % der Vorkriegszeit.

In den Kostenberechnungen waren seinerzeit die Verwaltungskosten nicht inbegriffen, denn es war bei der Aufstellung des Kostenvoranschlages noch nicht bekannt, ob das Werk als eidgenössisches Unternehmen oder durch die Kantone ausgeführt wird. Im letzteren Falle hätten die Kantone Schwyz und St. Gallen mit den zu gründenden Flurgewossenschaften die administrativen Kosten übernehmen

müssen. Da nach dem Bundesgesetz das Unternehmen aber als eidgenössisches Werk errichtet wurde, hat das Unternehmen als Selbstverwaltungskörper für diese Kosten selbst aufzukommen. Sie müssen daher vom Bund und den Kantonen und den Perimeterpflichtigen getragen werden.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten ergibt sich für das Unternehmen folgende Finanzlage (1. Mai 1945):

A. Ausgeführte Arbeiten und Kosten:

Gebiet	Kanäle Fr.	Drainagen		Strassen Fr.	Projekte, Bauführung, Ver- schiedenes Fr.	Ver- waltung Fr.	Total Fr.
		ha	Fr.				
A	2 864 085	360	894 042	118 756	158 272	24 433	3 559 588
B	1 724 150	140	457 675	39 174	105 454	17 074	2 343 527
C	858 688	170	402 086	50 820	84 402	12 761	1 408 707
Z. V.						236 044	236 044
Total	4 946 873	670	1 753 803	208 750	348 128	290 312	7 547 866

B. Laufende Arbeiten für das Jahr 1945:

A	640 000				25 000		665 000
B	221 000		130 000		21 000		372 000
C	864 000		32 000		19 134		915 134
	1 725 000		162 000		65 134		1 952 134

A. Ausgaben bis 1. Mai 1945 Fr. 7 547 866
 B. Laufende Arbeiten bis Ende 1945 ca. Fr. 1 952 134
Total Ausgaben bis Ende 1945. Fr. 9 500 000

Nach dem von der Meliorationskommission genehmigten, beiliegenden Bauprogramm ergeben sich bis zur Vollendung des Werkes nachfolgende Kosten:

A. Baukosten	Gebiet A Fr.	Gebiet B Fr.	Gebiet C Fr.	Total Fr.
I. Ausgeführte Arbeiten bis 1. Mai 1945	3 559 588	2 343 527	1 408 707	7 311 000
II. Bauprogramm 1945	665 000	372 000	915 134	1 950 000
III. » 1946	1 280 000	970 000	960 000	3 210 000
» 1947	1 280 000	655 000	940 000	2 875 000
» 1948	1 280 000	1 009 000	940 000	3 229 000
» 1949	600 000	645 000	730 000	1 975 000
	8 664 588	5 994 527	5 893 841	20 550 000
Verwaltungskosten*)				500 000
Unvorhergesehenes und allfällige Ergänzungsarbeiten 1950				1 950 000
Total Baukosten				23 000 000

*) Die Verwaltungskosten werden ca. 2½ % der Gesamtkosten oder Fr. 500 000 betragen. Diese waren im Kostenvoranschlag, der seinerzeit der Subventionierung zugrunde gelegt wurde, nicht enthalten.

Durch die Erweiterung des Bezugsgebietes der Meliorationsfläche von 4000 ha auf 4272 ha ergeben sich sodann Mehrkosten im Ausmass von ca. 1,5 Millionen Franken. Infolge der kriegsbedingten Teuerung (Steigerung der Arbeitslöhne und Materialpreise) der Verwaltungskosten und der Erweiterung des Perimeters werden die Mehrkosten Fr. 10 270 000 betragen.

Zur Zeit stehen dem Unternehmen noch Kredite von Fr. 3 230 000 zur Verfügung. Damit ist die Weiterführung der Arbeiten bis Ende 1946 gesichert. Von diesem Zeitpunkt an würden aber die finanziellen Mittel für die Vollendung des Werkes fehlen.

Da die Kostenüberschreitungen auf ausserordentliche Ursachen zurückzuführen sind, sollte für die Durchführung des Unternehmens die Übernahme der Mehrkosten gemäss Art. 3 des Bundesgesetzes vom 3. Februar 1939 über die Melioration der Linthebene in den Kantonen Schwyz und St. Gallen sichergestellt werden. Wir erlauben uns daher, Ihnen nachfolgendes Gesuch zu unterbreiten.

1. Die Mehrkosten von 10,27 Millionen Franken für die Durchführung der Melioration der Linthebene werden wie folgt gedeckt:

a. Beiträge des Bundes: 60 %	Fr. 6 162 000
b. Beiträge der Kantone: 25 %, hievon zu Lasten	
aa. des Kantons Schwyz (= 31,5 %)	Fr. 800 171.40
bb. des Kantons St. Gallen (= 68,5 %)	Fr. 1 767 828.60
	Fr. 2 567 500
c. Beiträge der Perimeterpflichtigen und anderweitige Beiträge	Fr. 1 540 500
	Zusammen <u>Fr. 10 270 000</u>

2. Für die Fortführung des Werkes wird dem Unternehmen vom Bunde entsprechend dem Bundesratsbeschluss vom 23. März 1943 wie bis anhin ein zinsfreier Vorschuss von Fr. 1 950 000 pro Jahr zur Verfügung gestellt, unter der Voraussetzung, dass auch die Kantone die nachgenannten Vorschüsse leisten.

a. Kanton Schwyz	Fr. 165 000
b. Kanton St. Gallen	Fr. 400 000

Ein gleichlautendes Gesuch wurde den Regierungen der Kantone Schwyz und St. Gallen unterbreitet.

III.

Von der Meliorationskommission wurden wir dahin orientiert, dass zu diesem Gesuch die beiden interessierten Kantone wie folgt Stellung genommen haben:

1. Stellungnahme des Regierungsrates des Kantons Schwyz vom 22. November 1945.

«Der Regierungsrat zieht in Betracht:

1. Im Gesetz vom 20. April 1943 betreffend die Erhöhung des Kantonsbeitrages an die Melioration der linksseitigen Linthebene ist vorgesehen, dass der Regierungsrat den Kantonsbeitrag von 25 % bis auf Fr. 230 000 jährlich erhöhen kann, sofern der Bund an den entsprechenden Kreditüberschreitungen sich mit 60 % beteiligt.
2. Es liegt daher in der Kompetenz des Regierungsrates, dem Gesuche der Meliorationskommission der Linthebene zu entsprechen.
3. Die Mehrkosten für alle 8 Parzellen im Flächenmasse von 4272 ha betragen 10,27 Millionen Franken.

Auf die Parzelle A entfallen	Fr. 4 572 408.—
Da der Kanton Schwyz mit 70 % an den Kosten der Parzelle A beteiligt ist, so fallen auf Schwyzer Gebiet .	Fr. 3 200 685.60
Davon übernimmt der Bund 60 % =	Fr. 1 920 411.36
Zu Lasten des Kantons fallen 25 % von Fr. 3 200 685.60	Fr. 800 171.40

Die auf Seite 4 der Eingabe an den Bundesrat vorgesehene Summe von Fr. 808 762.50 beruht auf einem Irrtum. Der Irrtum besteht darin, dass dem Kanton Schwyz von dem Kantonsstreifnis der Mehrkosten 31,5 % statt ca. 31,16 % zugeteilt werden. Die Aufstellung in der Eingabe an den Bundesrat ist daher für den Kanton Schwyz in diesem Sinne zu berichtigen.

Der Regierungsrat beschliesst:

1. Es wird festgestellt, dass bei einer Mehrkostensumme von 10,27 Millionen Franken der Kanton Schwyz mit einem Kantonsbeitrag von Fr. 800 171.40 (nicht mit Fr. 808 762.50) beteiligt ist.
2. Der Regierungsrat ist bereit, ab 1946 jährlich Subventionsbeiträge bis zu Fr. 165 000 zu übernehmen, unter der Bedingung, dass der Bund seinerseits Beiträge von 60 % für die entsprechenden Mehrkosten gewährt.»

2. Stellungnahme des Regierungsrates des Kantons St. Gallen vom 22. März 1946.

Der Regierungsrat hat einer Botschaft an den Grossen Rat zugestimmt und diesem den nachgenannten Beschluss zur Genehmigung unterbreitet:

- «1. Der Kanton St. Gallen leistet an die Kosten der Linthebene-Melioration, soweit sie den ursprünglichen Kostenvoranschlag von Fr. 12 730 000 übersteigen und auf sein Gebiet anzurechnen sind, einen Beitrag von 25 %, höchstens aber 25 % von Fr. 7 069 278.80 = Fr. 1 767 319.70 oder rund Fr. 1 767 500.

Der Regierungsrat ist befugt, im Rahmen des vom Grossen Rat unter dem 28. August 1939 gewährten ersten Kredites von Fr. 2 307 500 sowie im Rahmen des Nachtragskredites von Fr. 1 767 500 der Linthebene-Melioration entsprechend dem Baufortschritt und ihren Bedürfnissen zinsfreie Kostenvorschüsse zu gewähren.

2. Der weitere Beitrag des Kantons an die Linthebene-Melioration wird davon abhängig gemacht, dass vom Bunde an die Kostenüberschreitung ein Beitrag von 60 % gewährt wird.
3. Der Nachtragskredit von Fr. 1 767 500 wird dem Konto ‚Zu tilgende Verwendungen‘ mit 25jähriger Tilgungsfrist belastet.»

Gestützt auf vorstehende Ausführungen erlauben wir uns, Ihnen den beiliegenden Entwurf eines Bundesbeschlusses zu unterbreiten und zur Genehmigung zu empfehlen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 1. April 1946.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Kobelt.

Der Bundeskanzler:

Leimgruber.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss
über
**die Bundeshilfe für die Melioration der Linthebene in den
Kantonen Schwyz und St. Gallen.**

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
in Anwendung von Art. 3 des Bundesgesetzes vom 3. Februar 1939 über
die Melioration der Linthebene in den Kantonen Schwyz und St. Gallen,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 1. April 1946,

beschliesst:

Art. 1.

Die Mehrkosten von 10,27 Millionen Franken für die Durchführung der Melioration der Linthebene werden wie folgt gedeckt:

- a. Beitrag des Bundes 60 %, im Maximum Fr. 6 162 000,
- b. Beiträge der Kantone 25 %,
- c. Beiträge der Perimeterpflichtigen und anderweitige Beiträge.

Art. 2.

Für die Fortführung und Vollendung des Werkes werden dem Unternehmen zinsfreie Vorschüsse im Rahmen der zugesicherten Beiträge, höchstens aber Fr. 1 950 000 pro Jahr gewährt.

Art. 3.

Dieser Beschluss tritt als nicht allgemeinverbindlicher Natur sofort in Kraft.

Der Bundesrat ist mit seiner Vollziehung beauftragt.

6533

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Bundeshilfe für die Melioration der Linthebene in den Kantonen Schwyz und St. Gallen. (Vom 1. April 1946.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1946
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	08
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	4984
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.04.1946
Date	
Data	
Seite	886-893
Page	
Pagina	
Ref. No	10 035 519

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.